

Begleittext der KAB Neuwied-Engers zur Veröffentlichung des Leserbriefs von Helmut Gelhardt und der positiven Reaktion von Pax Christi

"Politiker der Großen Koalition in Berlin sprechen sich in jüngster Zeit vermehrt für die Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU und den USA und der EU aus. So hat insbesondere der Koblenzer Bundestagsabgeordnete Dr. Michael Fuchs, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion und dort zuständig für Wirtschaft und Energie, sich in seinem Hauptstadtinterview vom 25.09.2014 sehr positiv über die Freihandelsabkommen geäußert und explizit die sog. "Investitionsschutzabkommen" befürwortet. Herr Bundeswirtschaftsminister Siegmund Gabriel, SPD, erachtet zwar die ausserstaatlichen Schiedsgerichte (Sonderklagerecht für Investoren) als nicht notwendig und will Freihandelsabkommen mit den höchsten Sozial-, Arbeitsschutz-, Umwelt-, Verbraucherschutz- und Datenschutzstandards aushandeln. Dies hört sich sehr gut an. Aber diese Sicht verkennt leider die realen Verhältnisse. Die Kapitalbesitzer auf beiden Seiten des Atlantiks werden keinesfalls ihre neoliberalen Machtpositionen und damit ihre unzweideutigen und unersättlichen Profitinteressen aufgeben, damit Herr Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel guten Gewissens für die Freihandelsabkommen votieren kann. Die Kapitalseite macht an die Seite der Arbeit, der Umwelt, der Verbraucher etc. keine "Geschenke". Sie will es nicht und sie kann es auch sehr weitgehend nicht. Denn sie würde damit das ausbeuterische neoliberale Wirtschaftssystem insgesamt in Frage stellen. Dies ist aber gerade nicht das Interesse des Kapitals! Das Vorstandsmitglied der KAB Engers-Mülhofen, Helmut Gelhardt, hat hierzu am 27.10.2014 in der 'Rhein-Zeitung' eine Gegenposition publiziert, der sich der Vorstand des Ortsverbandes ausdrücklich anschließt.

Nach Veröffentlichung hat der Sprecher von Pax Christi Trier, Egbert Wisser, mit einem Schreiben sehr positiv und unterstützend reagiert und unsere kritische Position in den Kontext einer notwendigen Glaubensentscheidung gestellt. Pax Christi hat damit ein starkes Zeichen der Solidarität gegenüber uns allen und unserer gemeinsamen Suche nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit ausgedrückt. Das wollen wir hiermit dokumentieren."

Freihandel Ceta, das kanadisch-europäische Freihandelsabkommensoll den Handel zwischen Europa und Kanada ankurbeln. Dafür sollen Zölle gestrichen und gemeinsame Standards für Produkte und Dienstleistungen festgelegt werden. Ceta gilt als Blaupause für das Handelsabkommen TTIP („Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“).

„Mit TTIP herrscht nicht mehr Demokratie, sondern Plutokratie, die Herrschaft des Geldes“

Nach der Absicht und Hoffnung der Befürworter von TTIP soll dieses sich zu einem riesigen Erfolgsprojekt entwickeln. Durch den Abbau von Handelsschranken sollen Hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen und Mehreinnahmen von jeweils etwa 100 (!) Milliarden Euro pro Jahr generiert werden. Die dahinterstehende Denkweise: Schließlich habe die Liberalisierung von Märkten schon immer den Wohlstand gemehrt. Die Frage ist für wen. Und weiter ist zu fragen: Sind die ausgerufenen wirtschaftlichen Effekte überhaupt realistisch? Die Studie des Londoner Centre for Economic Policy Research (CEPR) erwartet bei einer sehr weitreichenden Liberalisierung ein zusätzliches Wirtschaftswachstum in der EU bis 2027 von 0,48 Prozent. Allerdings nicht jährlich, sondern insgesamt. Dies würde einem jährlichen Effekt von nur 0,03 Prozent entsprechen!

Ziel des geplanten Freihandelsabkommens sind gegenseitige Vereinbarungen zum Investitions-

schutz und zur Deregulierung und somit der Abbau des Verbraucher-, Umweltschutzes und der Arbeitnehmerrechte. Mit Blick auf die Arbeitnehmerrechte muss erkannt werden, dass sechs der acht von der International Labour Organisation (ILO) festgelegten arbeitsrechtlichen Kernnormen bis heute von den USA nicht anerkannt werden. Konkret geht es um das Recht der Arbeitnehmer, sich frei in Gewerkschaften zu organisieren, die Abschaffung der Zwangs- und Pflichtarbeit allgemein, das Recht auf kollektive Tarifverträge, gleichen Lohn für gleiche Arbeit von Mann und Frau, das Verbot der Diskriminierung in der Arbeitswelt aufgrund Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler und sozialer Herkunft. Diese in Europa existierenden Standards werden als Handelshemmnisse zwischen den USA und der EU betrachtet und im Klartext als Profithemmnisse für die Konzerne angesehen. Die Standards sollen daher „harmonisiert“,

also praktisch auf den niedrigsten Nenner nach unten angeglichen werden. Dies ist der Mechanismus, der die prognostizierten Mehreinnahmen von jeweils 100 Milliarden Euro pro Jahr gewährleisten soll. Kritiker werden vom Pressesprecher der EU-Kommission John Clancey als „Feinde des Handels“ abqualifiziert.

Die Verhandlungen wurden und werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt und damit einer wirksamen demokratischen Kontrolle bewusst entzogen. Verhandlungsgegenstände sind etwa das Fracking (umweltschädliche Erdgasförderung), privatisierte Trinkwasserversorgung, Privatisierungen allgemein, nachlässiger Datenschutz, Gesundheits-, Sicherheitsschutz, die exzessive Sicherung sogenannter Urheberrechte, wodurch der Zugang zu Kultur, Bildung und Wissenschaft erschwert wird und die Agrarindustrie noch mehr Macht erhält. Dieser markt-radikale Generalangriff auf den Umweltschutz, die Rechte der Ver-

braucher, die bäuerliche Landwirtschaft und die Rechte der Masse der Arbeitnehmer soll flankiert und gestützt werden durch Einführung internationaler, nicht öffentlich tangender Schiedsgerichte außerhalb der bisher bestehenden Gerichtsbarkeit. Konzerne, die ihre Profite geschmälert sehen durch „übertriebenen“ Verbraucherschutz, Umweltschutz und „ausufernde“ Arbeitnehmerrechte, könnten zukünftig „Schadensersatz“ verlangen! Das heißt: Demokratische Staaten auf beiden Seiten des Atlantiks sollen keine Gesetze mehr beschließen, die den Konzernen die erwarteten Profite schmälern könnten. Wenn dies so umgesetzt wird, herrscht nicht mehr Demokratie, sondern Plutokratie – Herrschaft des Geldes! Wir brauchen aber nicht den Abbau, sondern dringend die Bewahrung beziehungsweise den wirksamen Ausbau von Verbraucherschutz-, Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz, demokratischen Grund- und Menschenrechten.

Nicht nur das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU bietet Anlass zu kraftvollem Widerstand. Mittlerweile wurden die ebenfalls geheimen Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der Regierung Kanadas um ein inhaltlich ähnliches Abkommen namens Ceta abgeschlossen. Bekannt wurde, dass die Einrichtung überstaatlicher Schiedsgerichte von der EU-Kommission und der Regierung Kanadas befürwortet wird.

Es bleibt nur zu hoffen, dass das EU-Parlament dieses Abkommen schon wegen der vorgesehenen Schiedsgerichtsbarkeit insgesamt ablehnt. Fatal wäre es, würde das Ceta-Abkommen in Kraft treten. US-Konzerne könnten dann über ihre kanadischen Standorte und Tochterfirmen jederzeit zu gleichen Bedingungen auf den europäischen Markt vordringen wie kanadische Unternehmen!

Helmut Gelhardt, Neuwied-Engers, Mitglied des Sozialverbandes Katholische Arbeitnehmer-Bewegung

Pax Christi Bistumsstelle, Bachweg 29c, 56072 Koblenz

Herrn
Helmut Gelhardt
KAB – Gruppe Engers
Freiherr-vom-Stein-Str. 52
56566 Neuwied - Engers

Ihr Leserbrief in der RZ vom 27.10.14: „ Mit dem TTIP herrscht nicht mehr Demokratie, sondern Plutokratie, die Herrschaft des Geldes“

Sehr geehrter Herr Gelhardt,

ganz herzlichen Dank für Ihren ausführlichen und differenzierten Leserbrief in der Rhein - Zeitung vom 27.10.2014 zu dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der Neuen und der Alten Welt. Wir können uns voll mit den Inhalten des Lesebriefes identifizieren.

Was bisher von den geheimen Verhandlungen der Öffentlichkeit bekannt wurde, müssen wir mit weitreichenden Konsequenzen für vielfältige Lebensbereiche von Mensch und Natur rechnen. Es zeigt sich einmal mehr das hässlichen Gesicht unserer Wirtschaftsordnung, des Kapitalismus, der über Leichen geht. Papst Franziskus hat es mit einem Satz unmissverständlich in seinem ersten Rundschreiben formuliert: „Diese Wirtschaft tötet.“

Wir würden uns wünschen, wenn gerade aus kirchlichen Gruppe und Institutionen deutlicher würden: An welchen Gott glauben wir: An den Gott, Vertreter in Jesus Christus, der wie der Vater den Schrei der Armen hört oder an den Gott Kapital, der eine Geldvermehrung um seiner selbst Willen propagiert und von diesem Gott oder Prinzip bis in die letzten Wurzeln beseelt ist.

Wir dürfen Sie schon heute einladen, an unserem Wirtschaftsseminar teilzunehmen, dass in der Zeit vom 30.1.15 bis Sonntag, den 1.2.15 in Kyllburg stattfindet. Ein Mitarbeiter der kritischen Zeitschrift „EXIT“ wird unseren Blick für die vielfältigen Aspekte dieser Wirtschaftsordnung schärfen.

Mit solidarischen Grüßen

